

RENTE

Kauders Veto

In der schwarz-roten Koalition wird über die geplante Reform des Rentensystems gestritten. In einem vertraulichen Gespräch mit Unionsfraktionschef Volker Kauder kündigte Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) an, dass sie bereits am 29. Januar einen Gesetzentwurf ins Kabinett einbringen wolle. Er sieht unter anderem vor, dass Arbeitnehmer mit 63 Jahren in Rente gehen können, sofern sie 45 Beitragsjahre vorweisen können. Kauder legte allerdings bei mehreren Punkten sein Veto gegen die Pläne ein. So beharrte er darauf, dass höchstens fünf Jahre Arbeitslosigkeit bei der Bemessung der Beitragszeit angerechnet werden könnten. Nahles bestand in dem Gespräch auf einer großzügigeren Regelung, deutete aber Kompromissmöglichkeiten an. So sollen Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe, die im Rahmen der Agenda-Reformen Anfang 2005 abgeschafft wurde, nicht angerechnet werden. Unter anderem dadurch wird die Reform rund 400 Millionen Euro pro Jahr günstiger als ursprünglich geplant. Nahles schlug Kauder vor, das Geld für sogenannte Ghettorentner zu verwenden. Dabei handelt es sich um Juden, die in NS-Ghettos einer halbwegs geregelten Tätigkeit nachgegangen sind, denen aber bisher in vielen Fällen eine Altersversorgung verweigert wurde. Kauder argumentierte, dies sei nicht Aufgabe der Rentenkasse.

KOMMUNEN

Juristische Aufarbeitung in London

Vor dem Londoner High Court beginnt in der kommenden Woche die juristische Aufarbeitung eines speziellen Kapitels der Finanzkrise, in dem deutsche Kommunen eine wesentliche Rolle spielen. Das britische Gericht wird darüber befinden, ob die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) einen Verlust von 155 Millionen Euro aus einem hochriskanten Finanzierungsgeschäft mit der Investmentbank J.P. Morgan tragen müssen. Wichtig wird sein, ob die Bank das hochspekulative Geschäft dazu nutzte, eigene Risiken auf das städtische Unternehmen zu verlagern. Der Deal sollte ursprünglich ein ris-

kantes Leasing-Geschäft absichern, mit dem die BVG zwischen 1997 und 2002 ihre Straßenbahn- und U-Bahn-Wagen finanzierte. Die Transaktion erwies sich als Verlustgeschäft. Letztlich stellte die BVG alle Zahlungen an die Investmentbank J.P. Morgan ein, die daraufhin in London klagte. Der Prozess ist bis Ende März terminiert. Ein Urteil wird für den Sommer oder Frühjahr erwartet und wird weitreichende Auswirkungen haben – etwa auf einen ähnlichen Deal der Leipziger Wasserwerke unter anderem mit der Schweizer UBS, aus dem der Stadt Verluste von rund 300 Millionen Euro drohen.



U-Bahn der BVG

TEICH / CARO

DEMOGRAFIE

„Größere Unsicherheit“



THOMAS LEBIE / IMAGO

Der Leiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Reiner Klingholz, 60, über das erneute Wachstum der Bevölkerung in Deutschland und die Schwierigkeit demografischer Vorausserechnungen

SPIEGEL: Die Bevölkerung Deutschlands ist im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge gewachsen, auf voraussichtlich 80,8 Millionen Menschen. Könnte es sein, dass sich die

demografischen Voraussagen, nach denen Deutschland 2060 nicht einmal mehr 70 Millionen Einwohner haben wird, doch noch als falsch erweisen? **Klingholz:** Das waren nie Voraussagen, sondern immer Szenarien unter sogenannten Wenn-dann-Annahmen. Unter der Annahme, dass die Geburten je Frau auf heutigem Niveau bleiben, dass die Lebenserwartung nicht um mehr als gut sieben Jahre steigt und im Saldo pro Jahr 200 000 Zuwanderer kommen, würde die Bevölkerung auf etwa 70 Millionen schrumpfen. Allerdings hat sich eine Variable kurzfristig geändert.

SPIEGEL: Welche?

Klingholz: Im Moment haben wir ungewöhnlich viele Zuwanderer, deshalb gibt es ein kleines Wachstum. Wanderungszahlen unterliegen einer größeren Unsicherheit, weil sie auch von unvorhersehbaren Ereignissen

abhängen – etwa dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Spätaussiedlerwelle oder der weiteren Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes. Diese Ereignisse haben aber immer nur vorübergehende Folgen. Daran, dass die Bevölkerung langfristig schrumpfen wird, kann kein Zweifel bestehen.

SPIEGEL: Könnte die Politik denn irgendetwas tun, um den aktuellen Dreijahrestrend aufrechtzuerhalten?

Klingholz: Wir müssten Jahr für Jahr immer mehr Zuwanderer gewinnen und sie dauerhaft halten, damit sie hier auch Familien gründen. Im Jahr 2030 wären im Saldo bereits 600 000 Zuwanderer nötig, 2050 über 700 000. Solche hohen Zahlen hat es dauerhaft noch nie gegeben. Sie sind deshalb sehr unwahrscheinlich. In dieser Größenordnung würde auch die Integration Probleme bereiten.